

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Neueste Wiesbadener Zeitung

Preisverleihung: monatlich 1.50 M., vierteljährlich 4.50 M., durch die Post
 4.70 M. 14.10 M. Nachgeliefert wird besonders erhoben. Einzelnummer 20 Pf.
 4.70 M. 14.10 M. Nachgeliefert wird besonders erhoben. Einzelnummer 20 Pf.
 4.70 M. 14.10 M. Nachgeliefert wird besonders erhoben. Einzelnummer 20 Pf.

Amtes Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts-
 und vieler anderer Staats- und Kommunal-Verhöden.

Verlag, Schriftleitung und Druckerei: Wiesbaden, Mittelstr. 11.
 Fernruf Nr. 1015 und 1016. — Anzeigenpreis: Die 34 mm breite Zeile
 60 Pf., die 22 mm breite Zeile 40 Pf.; außerhalb: 75 Pf. bzw. 40 Pf.
 Ausland 2. — bzw. 6. — M. Rabatt 11. Tarif, Sonderbeilagen 15 M. pro 1000.

Nummer 525

Dienstag, 9. November 1920.

74. Jahrgang

Deutschland wird Republik.

„1918: Deutschland wird Republik.“ So steht heute auf dem Abschlußheft in memoriam der vergessenen Zeitgenossen geschrieben. Mit den Worten, die auch heute noch zwei Jahren ruhmvollen Experimentierens mit republikanischen Theorien und Theorien noch ebenso sehr eine Frage darstellen, wie sie an jenem Sterbetage der Großmacht Deutschland nur die Beweislose Behauptung der Schreier, der Gernegroße und der Konjunkturpolitiker von K. und S. (H. S. Gnaden) waren. Deutschland wird Republik? Amüsante Toren waren es, die da glaubten, mit dem Brand der Gasse, den Brandreden der Futtermittelspekulanten mehr als eine äußere Staatsform ins Leben rufen und in einem Volke für immer die Erinnerung an Jahrhunderte auflösen zu können, die von einer einzigen großen Sehnsucht nach einem deutschen Kaiser und einem einzigen Reich erfüllt waren! Und weisend fremde Beurteiler des deutschen Volkscharakters und ihres eigenen Verleses waren es, die da wählten, mit der dilettantischen Geschichtsforschung einiger sozialistischer Parteigewaltigen, mit der Abschiebung verdienstvoller Beamten und ihrer Erhebung durch gewaltige Gewerkschaftsdiplomaten und gewaltigen Wählerfrauen den Glanz an die Vortrefflichkeit der neuen Staatsform im deutschen Volke erwecken und vertiefen zu können.

Was ist denn die Bilanz der zwei Jahre republikanischer Staatsverfassung in Deutschland anders, als ein grauenerregendes finanzielles, moralisches, politisches und wirtschaftliches Desaster? Nicht nur hervorragende Historiker, wie Hermann Onken haben uns ad oculos demonstriert, daß ihre Meinung, daß für die Revolution des 9. November 1918 eine Parandung fehlte, daß ihr nicht jene allgemeine Sehnsucht, jener unerschütterliche Wille des ganzen Volkes zu Grunde lag, der allein einen so tiefen Umsturz rechtfertigt. Auch von ihren Anhängern anerkannte Größen, wie die demokratischen Professoren Schäffgen und Wolandorf, haben in unserer Stadt erklärt, daß wir wohl eine Republik, aber keine Republikaner hätten! Wo sollen sie auch herkommen, wenn nicht der Lebensgenuss, die in weichen Kissen vorberührt, daß in diesen zwei Jahren ohne Unterlaß in trübsamer Weise Schindler mit dem deutschen Volke getrieben wird!

Es ist nicht nötig, dem deutschen Leser noch einmal darzustellen, wie Deutschland Republik geworden ist und was man alles versucht hat, um auf dem Wege des Zwanges die Deutschen zu republikanisch-republikanischen zu machen. Es ist überflüssig, heute nochmals zu wiederholen, was als eine unaufhörliche Folge von berechtigten Klagen mit jedem Tage des Geschehens dieser zwei Jahre die Deutschnation erreicht hat. Kein Gebiet ist von der Einwirkung der sozialistischen Wühlmaschinen verschont geblieben, die in Reich und Staat, in Provinzen und Kreisen, in Gemeinden und Schulen ihren Geist der Verneinung, der Zerschmetterung und der Verhöhnung des Gewesenen zur Geltung zu bringen bestrebt waren. Die das öffentliche und wirtschaftliche Leben von einer Erschütterung in die andere versetzten, ohne irgendwann und irgendwie den Beweis zu bringen zu können, daß ihre Theorien etwas anderes, als die abstrakten Gedanken lebensfermer Ideologen darstellen. Und denen vor allem eines fehlt: die Möglichkeit, durch abstrakte Verfassungen und ideologische Arbeit das Volk in seiner Gesamtheit zu der heute doppelt nötigen Einheit aufzusammeln zu können.

So ist es kein Wunder, daß angesichts der Autoritätslosigkeit und Korruption, der Demoralisation und gewaltigen Umwertung aller dem Deutschen heiligen Werte und Begriffe, daß gegenüber all den zweifelhaften Segnungen des neuen republikanischen Regimes die Erinnerung an das Deutschland vor dieser Zeit immer stärker wird, und daß die Stimmen sich mehren, die den 9. November als nationalen Trauertag festgelegt haben wollen, um so auch äußerlich darzustellen, daß mit ihm die schwerste Leidenszeit des deutschen Volkes begonnen hat.

Es wäre unredlich, alles, was wir erleben, auf sein Konto zu setzen. Aber ihre „Taten“ können die Gräber der Republik nicht aus der Welt schaffen. Eine einzige Einsicht, die wahrhaftig nicht nach oben führt und deren Ziel in einem großen Gegensatz zu den großen Worten steht, mit denen seine Vorzüge verkündet wurden, geht durch unser volkstümliches Leben: Ob es sich um den Steuerwettbewerb handelt, ob die „Sozialisierung“ mit all ihren sinnlosen Auswüchsen in Frage steht, ob die Vergebung wichtiger Beamtenstellen durch Parteigewaltige Nichtbesserer vorgenommen oder die Berliner Bürger durch die zwangsweise Schaffung von 800000 neuen sozialistischen Stadtratsstellen geschädigt wird — immer und überall ist die Anwesenheit der Staatsbürger durch den republikanisch-sozialistischen Geist der Zweck der Zweck und immer mehr zersplitternden und niederverwerfenden Behauptungen.

So stehen wir an der Wende des zweiten Jahres der ersten deutschen Republik am Grabe der Kraft des deutschen Volkes, das durch die Ereignisse dieser Zeit mehr in seinem Ansehen, seiner Würde und seiner politischen Macht geschwächt wird, als es die größten Verfassungen sich hätten träumen und einreden lassen. Nirgends ist während des Bestehens der Republik ein Aufschwung, niemals ein Emporsteigen und ein Wandel zum Guten zu beobachten gewesen. Wohl müssen wir mit den Tatsachen rechnen, wohl uns beiseiden und unsere Einzelwünsche dem Gebote der Stunde unterordnen. Aber keinem Deutschen kann das Recht genommen werden, seiner Erinnerung an Zeiten der Ordnung der Autorität, der Ruhe, Sicherheit und des Lebens freien Lauf zu lassen. Und diese Erinnerung führt nie und wird nie führen zu der Überzeugung, daß Deutschland wahrhaft und wirklich Republik wird oder gar ist. Die Republik ist eine Staats-

form, die nach unserer Meinung so lange nicht im Innern lebensfähig sein wird, so lange mit der Erinnerung an Kaiser und Reich die Gedanken an das Gute schlechthin im Gegensatz zu dem verbunden sind, was wir tagtäglich erleben. Und daß diese Erinnerung nicht ausgelöscht wird, dafür hat die tausendjährige deutsche Geschichte Sorge getragen. H. Gz.

Der Streikwahninn.

Welche Folgen die wilde Streikwahn haben kann, zeigt folgende amtliche Auslassung aus Berlin:

Durch den wilden Streik einiger Gruppen städtischer Arbeiter ist die ganze Elektrizitätsversorgung Groß-Berlins zum Stillstand gekommen. Notstandsarbeiten sind unterblieben. Dadurch sind die Krankenhäuser Stromlos. Operationen können nicht ausgeführt werden. Zahlreiche Menschen leben in Gefahr. Ferner wurden die elektrisch betriebenen Pumpen der Nord- und Südbahn außer Betrieb gesetzt, wodurch nach dem Gutachten der maßgebenden Behörde die Möglichkeit des Einsturzes von Häusern an den besonders gefährdeten Stellen der Anhalterstraße gegeben ist.

An den Magistrat der Stadt Berlin (an Händen des Oberbürgermeisters Vermuth) ist folgende Polizeiverfügung ergangen:

Auf Grund des § 10 des allgemeinen Landrechts in Verbindung mit § 132 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1888 wird Ihnen aufgegeben, bis heute Nachmittag 6 Uhr für Straßenbeleuchtung in Berlin zu sorgen. Sollte der Auforderung nicht genügt werden, so werde ich die Straßenbeleuchtung durch Dritte auf Ihre Kosten ausführen lassen. Die vorgenannte Verfügung rechtfertigt sich ohne weiteres dadurch, daß das Ausbleiben der Straßenbeleuchtung in einer Stadt wie Berlin die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit aufs schwerste gefährdet.

Der „Vorwärts“ bemerkt zu dem Streik der Berliner Elektrizitätsarbeiter, er bedeute den Widerstand der politischen und wirtschaftlichen Strömungen der Weltzeit in seiner ganzen Kraft. Man gewinne den Eindruck, daß die Wirkung von Streiks dieser Art weniger eine Stärkung der Einheitsfront des Proletariats, als vielmehr ein Abschwächen und Überhandnehmen von Kamillewärters durch den Streik einer Arbeitergruppe gleichfalls zum Vorschein gekommen werden, werde mancher von ihnen in der technischen Notlage nicht mehr einen Fremdkörper im Organisationsleben der Arbeiterklasse erblicken. Immer wieder sei zu betonen, daß die Arbeiter lebenswichtiger Betriebe eine größere Verantwortung haben als andere Berufsgruppen.

Nach neueren amtlichen Mitteilungen erklärten die an dem wilden Streik in den Elektrizitätswerken beteiligten Arbeiter sich in Verhandlungen mit dem Magistrat bereit, anstelle der inzwischen eingeführten technischen Not-Hilfe den für die Rotverformung Berlin erforderlichen Strom durch Aufnahme der dazu erforderlichen Arbeit sicherzustellen. Infolgedessen wurden auf Grund einer Vereinbarung zwischen der Reichsregierung und der preussischen Staatsregierung, die unter Einwirkung des Polizeipräsidenten und des Oberbürgermeisters von Berlin stattfand, anordnet, die Not-Hilfe zurückzunehmen und den Betrieb den Arbeitern zu übergeben. Der jetzt von den Arbeitern fortgesetzte Streik wird u. a. die Krankenhäuser, die Nord-Südbahn und die wichtigsten Behörden mit Strom versorgen und daneben die notwendige Straßenbeleuchtung sicherstellen.

Verkehrsstreik in Darmstadt.

Darmstadt, 8. Nov.

Die Beamten und Angestellten und die Arbeiter der Süddeutschen Eisenbahngesellschaft sind heute früh in den Aufstand getreten, weil die Direktion ihre Gehalts- und Lohnforderungen abgelehnt hat. Sämtliche Züge sind, mit Ausnahme der Vorortzüge, ausgefallen. Infolgedessen steht die Kartoffelzufuhr.

Wien, 5. Nov. Die Angestellten der Südbahnstation Wiener-Neustadt legten gestern abend wegen Lohnforderungen die Arbeit nieder.

Eisenbahner-Ausperrung in Irland.

London, 7. Nov.

Aus Dublin wird berichtet, daß infolge der Weigerung der Eisenbahner, Munition und Truppen zu befördern, die Midland-Great-Western-Eisenbahngesellschaft 4000 Angestellten aller von ihr bedienten Linien mitteilte, daß sie den Betrieb vom 14. November ab einstellen.

Ein oberster Rat für Verbraucher.

Paris, 5. Nov. Das „Journal Officiel“ veröffentlicht heute eine Verordnung über die Einsetzung eines Obersten Rates der Verbraucher, der eine scharfe Kontrolle der Lebensmittelpreise und der Preise für die wichtigsten Bedarfsartikel ausüben soll und dem Ernährungsministerium angegliedert wird.

Eine Einrichtung, die — so sehr man auch grundsätzliche Bedenken gegen eine Ausdehnung des Räteprinzips haben mag — doch auch bei uns empfehlenswert wäre. Die Verbraucherinteressen sind im wirtschaftlichen Chaos der letzten Jahre überall zu kurz gekommen, ihre verantwortungsvolle Vertretung durch eine Zentralinstanz, die mit einem gewissen Einfluß ausgestattet sein muß, würde den wirtschaftlichen Kämpfen in den Städten und Landesteilen viel von ihrer Schärfe nehmen, und sie vielleicht — wenn die Einrichtung schon bestünde — unmöglich gemacht haben.

Aus dem linksradikalen Lager.

Vorbereitung des „größten Bürgerkrieges der Weltgeschichte!“
 „Erschütterte Anwendung des Terrors!“

Die Zerrissenheit der linksradikalen Parteien berechtigt zu der Annahme, daß es zunächst noch nicht zu einer großen einheitlichen Bewegung im Sinne der Diktatur des Proletariats kommen wird. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß die einzelnen linksradikalen Gruppen mit aller Kraft auf eine gewalttätige Verwirklichung ihres Blutes in absehbarer Zeit hinarbeiten. Zu diesem Zwecke sind sie zunächst eifrig bemüht, die Massen in einer gewissen „Begeisterung“ zu erhalten, die zum großen Leidwesen der Führer bedenklich abzulassen anfängt. Die für den 7. November für das ganze Reich eingeordnete Massenfundamente ausansehen Sowjetrusslands und der Weltrevolution hat im Grunde genommen auch nur den Zweck, neues Öl auf die irische Schwelende Begeisterungslauge zu gießen.

In der am 18. Oktober abgehaltenen Versammlung aller „Funktionäre“ der Unabhängigen des Reichsverbandes Berlin-Brandenburg wurde die Vorbereitung einer Endaktion beschlossen. Man verhandelte zunächst über die Klärung des Verhältnisses der links-unabhängigen zur kommunistischen Partei. Nachdem der Parteitag in Halle für die Moskauer Anhänger bei den Unabhängigen eine Mehrheit erraten hatte, steht die Sache auf dem Standpunkt, daß nicht sie zu den Kommunisten übergehen müssen, sondern daß die Kommunisten zu ihnen zu kommen haben. Die Kommunisten setzen jedoch wenig Wert darauf, obwohl von Moskau aus aufsehend ein harter Druck in diesem Sinne auf sie ausgeübt wird. Däumling führte hierin in der Versammlung aus, daß bis auf weiteres an dem letzten Verhältnis zwischen den links-unabhängigen und den Kommunisten nichts geändert werden solle. Es sei aber die Forderung eines gemeinsamen Parteitag nach einer Zeit befristet, der dann diese immerhin schwierige Frage lösen soll. Nach den däumlingischen Ausführungen eines Richard Müller auf die Notwendigkeit ein die Vorbereitung für die kommende Aktion sofort in Angriff zu nehmen. Das Ziel der Aktion sei die Durchführung des Sozialismus. Das bedeute den größten Bürgerkrieg der Weltgeschichte. Die energische Anwendung des Terrors sei dabei unbedingt notwendig, und dieser Terror müsse auch gegenüber dem rechten Flügel der Unabhängigen angewandt werden.

Möthahn hat vor den Berliner Funktionären erklärt, daß ihnen demnach besondere Aufforderungen ansetzen würden über die nunmehr anzuwendenden Kampfmittel, insbesondere über die terroristischen. Voraussichtlich werde dabei die Sabotage eine Hauptrolle zu spielen haben, um den Eisenbahn- und Nachrichtenverkehr zu verhindern.

Ebenso wie die links-unabhängigen, gemäß den russischen Weisungen, an der Durchführung und dem Ausbau ihrer illegalen Organisation im ganzen Reich arbeiten. Und auch die Kommunisten leiten an die Verbesserung der ihrigen herangegangen. Hier sind auffallend viele Ausländer, namentlich Russen, tätig; man sagt, bis zu drei Vierteln.

Nach Ansicht der Führer der Kommunisten wird im Laufe des Winters die steigende Not der Gewerkschaften, von geschickten Kollaborateuren ausgenutzt, die Arbeitlosen zur Hilfe veranlassen; sie werden sich besonders auf Wälder und auf das flache Land besinnen. Dann sei zu erwarten, daß das Bäuerentum und die ländliche Bevölkerung zur bewaffneten Abwehr sich aufstellen werden. Abschließend merkte unter der Parole „reaktionäre Gefahr“ der bekannte Anführer zu einer großen Aktion von links ansetzen sein.

Ein Wint an die deutschen Moskauwärmer.

Paris, 8. Nov. (Savoy)

Der „Temps“ berichtet die deutschen Wünsche auf einen Sieg der Bolschewiken und schreibt: „An der Zeit und ist tschechische Hoffnungen auf einen Sieg der Bolschewiken vollkommen widerwärtig. Deutschland in seiner augenblicklichen Verfassung ist nicht in der Lage, die unmittelbare Nachbarschaft des russischen Bolschewismus zu tragen. An dem Tage, an dem die rote Armee von neuem und zwar für längere Zeit in Polen einfallen wird, werden sich dann Länder der preussischen Grenze ereignisse abspielen, deren eine-Wege Beschäftigung wir wohl nicht im einzelnen voranschauen können, deren Ergebnis aber mit fast absoluter Gewissheit die Zerschmetterung der demokratischen Regierungsform sein wird. Sei es zunächst einer roten Diktatur oder aber, was noch wahrscheinlicher ist, anachronischen Wiederaufrichtung der Monarchie. Andererseits ist es wahrscheinlich, daß die Weltmächte anebenfalls sich veranlaßt sehen könnten, ihrerseits dazwischen zu treten, sobald Deutschland den Schauplatz der transsibirischen Ereignisse abgeben würde, welche die unausbleibliche Folge eines solchen Eingreifens sein würde.“

80. Geburtstag des Bischofs Korum.

mz. Trier, 8. Nov.

Am 80. Geburtstag des Bischofs Korum sandten u. a. Bischöfe: Reichspräsident Ebert, Reichskanzler Bethmann, der Präsident des Staatsministeriums, der Präsident des Kultusministeriums sowie mehrere Unterstaatssekretäre. Der Oberpräsident der Rheinprovinz erließ ein Verbot beim Bischof, um seine Glückwünsche darzubringen. Der ehemalige deutsche Kaiser Wilhelm II. telegraphierte aus Schloss Doorn: „In dankbarer Erinnerung Ihres Wohlwollens sende Ihnen herzlichste Glückwünsche zum 80. Geburtstag. Gott segne Ihren Lebensabend und Ihre Arbeit.“ Papst Benedikt XV. sandte in einem Schreiben seinen Segen und seine herzlichsten Glückwünsche und versicherte dem Bischof seiner besonderen Verehrung. Er fand, in den Augen ganz Deutschlands nehme das Leben des Bischofs von Trier eine hervorragende Stelle ein.

Die Dienstwohnungen der deutschen Beamten
und Lehrer von Dr. iur. Wilh. Strade. VII, 65 Seiten,
Preis 5.— M. Verlag Carolus-Druckerei G. m. b. H. Frankfurt
a. M., Liebfrauenberg 37.

Alexander Koch Aus Dormstadt wird uns geschrieben: Am 9. Nov. beehrte Hofrat Alexander Koch, der Begründer des gleichnamigen Verlagsbureaus, seinen 80. Geburtstag. Das Verlagsbureau Alexander Koch hat beschämende Anfänge. Den Grundstock bildete die „Luzerner-Zeitung“. Von hier

